

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTOS: SPD BREMEN

FOTO: SPD BREMEN

ABFALLENTSORGUNG WIEDER IN KOMMUNALER HAND?

Von Andreas Bovenschulte

Seit drei Jahren wird in Bremen und Bremerhaven intensiv darüber diskutiert, ob die Stadtgemeinden aus wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen, finanziellen und ökologischen Erwägungen heraus wieder stärkeren Einfluss auf die Energieversorgung nehmen sollten. Angestoßen wurde die Debatte durch die SPD, die den Senat mit Blick auf die anstehende Neuvergabe der Konzessionen für die Versorgungsnetze (Strom, Gas, Wasser, Fernwärme) aufforderte, auch eine teilweise oder vollständige Übernahme des Netzbetriebs in kommunale Hand zu prüfen. Nach eingehender Prüfung haben sich Bremen und Bremerhaven dafür entschieden, eine strategische Beteiligung in Höhe von 25,1% an der Netzgesellschaft der swb AG anzustreben. Die abschließenden Verhandlungen mit der swb AG und der Konzernmutter EWE AG laufen zur Zeit.

Die Debatte um die Versorgungsnetze hat das Thema der „Rekommunali-

sierung“ auf die Tagesordnung der bremischen Politik gesetzt. Damit befinden wir uns in guter Gesellschaft. Nach dem Abebben der Privatisierungseuphorie der letzten Jahrzehnte ist die Forderung nach Rekommunalisierung bundesweit zu einer wirkungsmächtigen politischen Strömung geworden – über die Parteigrenzen hinweg. Es vergeht kaum ein Tag, an dem in den Medien nicht darüber berichtet wird, dass eine Gemeinde plant oder bereits beschlossen hat, einst privatisierte Einrichtungen wieder in eigene Regie zu übernehmen.

Und auch in Bremen geht es nicht nur um die Versorgungsnetze. In den nächsten Jahren werden wir uns zum Beispiel intensiv Gedanken darüber machen müssen, wie wir künftig unsere Abfallentsorgung organisieren wollen. Die Müllabfuhr wurde 1998 privatisiert und für 170 Mio. DM an die Nehlsen AG verkauft. Die auf 20 Jahre geschlossenen Privatisierungsverträge laufen im Jahr 2018 aus, was dann kommt ist derzeit

noch völlig offen. Theoretisch denkbar sind die unterschiedlichsten Modelle – von einer schlichten Fortführung des Privatisierungsmodells über verschiedene Zwischenlösungen bis hin zu einer vollständigen Wiedereingliederung der Abfallentsorgung in den kommunalen Bereich.

Insbesondere Gewerkschaften und Betriebsräte fordern eine vollständige Rekommunalisierung der Abfallentsorgung. Zur Begründung verweisen sie unter anderem auf eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Zuge der Privatisierung. Unterstützt werden sie von kritischen Wissenschaftlern, die der Auffassung sind, dass die Privatisierung der Entsorgung für Bremen insgesamt ein schlechtes Geschäft war. Es gibt allerdings auch Stimmen in Politik und Verwaltung, die die Ergebnisse der Privatisierung positiver bewerten.



Dr. Andreas Bovenschulte (48) ist seit Juni 2010 Landesvorsitzender der Bremer SPD.

Fortsetzung auf Seite 2

TERMINE:

KUNDGEBUNG

Mit Frank Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und dem Bremerhavener Wahlkreiskandidat Uwe Beckmeyer, MdB

DIENSTAG,
27. AUGUST 2013
16:30 UHR

Vor der Großen Kirche,
Bremerhaven

KLARTEXT

Mit Peer Steinbrück, SPD-Kanzlerkandidat und den Wahlkreiskandidaten für Bremen Uwe Beckmeyer und Carsten Sieling

MITTWOCH,
28. AUGUST 2013
18:00 UHR

Marktplatz, Bremen

TV-DUELL

Peer Steinbrück vs. Angela Merkel

SONNTAG,
1. SEPTEMBER 2013
20:15 UHR

BILDUNGS- UND WISSENSCHAFTS-POLITIK IN BREMEN

Mit Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu, Mitglied im Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück für die Bereiche Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Senatorin für Bildung und Wissenschaft und Dr. Carsten Sieling, MdB

MITTWOCH
4. SEPTEMBER 2013
19:30 UHR

Treffpunkt KWADART
Wilhelm-Kaisen-Brücke 4,
28199 Bremen

Weitere Termine unter
www.spd-land-bremen.de/termine

Fortsetzung von Seite 1

Im rot-grünen Koalitionsvertrag 2011/15 heißt es: „Wir wollen prüfen, ob nach Auslaufen der Privatisierungsverträge 2018 eine Rekommunalisierung der Abfallsammlung sinnvoll ist.“ (S. 26) In der Bürgerschaft haben die Koalitionspartner diesen Prüfauftrag inhaltlich konkretisiert und den Senat beauftragt, entsprechend tätig zu werden.

Die Frage der zukünftigen Organisation der Abfallentsorgung darf nicht nach Maßgabe ideologischer Vorlieben beantwortet werden. Erforderlich ist vielmehr eine gründliche Klärung und Bewertung aller aufgeworfenen Sachfragen. Aus meiner Sicht muss die Auswahl des richtigen Modells vor allem anhand der folgenden Kriterien erfolgen, wobei die Reihenfolge der Aufzählung rein zufällig gewählt ist:

- Qualität der erbrachten Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger
- Gebührenhöhe und Gebührenstabilität
- Arbeitsbedingungen der Beschäftigten
- wirtschaftliche Wertschöpfung und Zahl der Arbeitsplätze am Standort Bremen
- ökologische Nachhaltigkeit
- Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme auf die Abfallentsorgung
- Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt

Welches der theoretisch denkbaren Modelle die genannten – und ggf. noch zu ergänzenden – Kriterien am besten

erfüllt, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Offen ist auch, wie mit notwendigerweise auftretenden Zielkonflikten umzugehen ist. Klar ist allerdings: Je vollständiger die Abfallentsorgung wieder in den kommunalen Bereich eingegliedert wird, desto größer ist die Möglichkeit der demokratischen Einflussnahme über Senat und Bürgerschaft. Aus diesem Grund stehe ich dem Gedanken der Rekommunalisierung der Entsorgung grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber.

Unser Ziel als SPD muss es sein, noch vor der nächsten Bürgerschaftswahl 2015 zu möglichst klaren Aussagen zur Zukunft der Abfallentsorgung in Bremen zu kommen, damit die Wählerinnen und Wähler auch wissen woran sie sind. ■

KOMPETENZ IN BREMEN!

Mitglieder des Kompetenzteams von Peer Steinbrück in Bremen

Vier verschenkte Jahre – das war der gemeinsame Tenor der Veranstaltungen mit Klaus Wiese- hülgel und Prof. Dr. Karl Lauterbach Anfang August in Bremen. Sowohl Klaus Wiese- hülgel, verantwortlich im Kompetenzteam von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück für die Bereiche Arbeit und Soziales, als auch Karl Lauterbach, zuständig für die Bereiche Gesundheit und Pflege, kritisierten die Tatenlosigkeit der amtierenden schwarz-gelben Bundesregierung in den vergangenen vier Jahren. Klaus Wiese- hülgel zeigte sich auf der Veranstaltung „Gute Arbeit: Faire Beschäftigung – Faire Löhne“ im Treffpunkt KWADRAT aber auch selbstkritisch – viele der heute dringenden Probleme

seien Kinder der Agenda 2010! Das wisse die SPD, das wissen die Bürgerinnen und Bürger, daher sei es wichtig, den Menschen zu zeigen, dass man sich der Fehler bewusst sei und nun willens ist, Korrekturen vorzunehmen. Dies gelte für die Leiharbeit, die Arbeitnehmerüberlassung und für Werkverträge, aber auch bei den immer noch klaffenden Lohnunterschieden zwischen Mann und Frau und dem Ausbreiten von Mini-Jobs werde die SPD handeln! Schwarz-Gelb habe bewiesen, dass sie nicht willens, geschweige denn fähig seien, dringend notwendige Korrekturen vorzunehmen. Nirgends zeige sich das Unvermögen der Arbeitsministerin und der ganzen Bundesregierung deutlicher als beim Thema Mindestlohn. Es sei beschämend, dass in einem reichen Land wie Deutschland mehr als sieben Millionen Menschen weniger als 8,50 Euro pro Stunde verdienen. Klaus Wiese- hülgel beschrieb die Bedeutung eines gesetzlichen Mindestlohnes für die Menschen. Er erinnerte an den Wert der Arbeit als gesellschaftliches Gut und als Identifikationsfaktor für Menschen – wenn Menschen nun zunehmend von ihrer Arbeit nicht mehr leben könnten, dann verliere die Arbeit ihren Wert und die Menschen damit auch ihre Würde. Eine würdevolle Arbeit war auch Thema von Karl Lauterbach auf der Veranstaltung „Gesundheit braucht Solidarität“ in Bremen-Nord. Er warb für eine Resolidarisierung der Pflege. Dies gelinge zu allererst über eine wesentlich bessere Bezahlung der Pflegerinnen und Pfleger

und ein radikales Zurückfahren des bürokratischen Apparates, so Karl Lauterbach. Gesundheitspolitik zeige wo der Unterschied zwischen SPD und CDU liege. Der SPD-Gesundheitsexperte machte deutlich, dass der SPD-Vorschlag einer Bürgerversicherung das solidarische Gegenmodell zu den elitären Gesundheitsvorstellungen der aktuellen Bundesregierung sei. Karl Lauterbach beschrieb die Ängste der Bürgerinnen und Bürger, beim derzeitigen Gesundheitssystem auf der Strecke zu bleiben. Dieser Angst und der von CDU präferierten Kopfpauschale im Gesundheitssystem wolle die SPD mit der Bürgerversicherung begegnen. Karl Lauterbach machte deutlich, dass man weder eine Einheitsbehandlung, noch einen Einheitspatienten wolle. Stattdessen wolle man zurück zu einem System, in dem die, denen es am schlechtesten gehe, am meisten bekommen. Selbstverständlich sei dies auch eine ideologische Überlegung – ideologisch in dem Sinne, als dass die Qualität der Behandlung nicht von der Dicke des Geldbeutels abhängen darf und dass eine gute ärztliche Versorgung nicht nur in einkommensstarken Regionen gegeben sein darf – eine Zwei-Klassen-Medizin sei mit der SPD nicht zu machen. Klaus Wiese- hülgel und Karl Lauterbach stellten fest, dass es Deutschland nicht wegen dieser Regierung einigermaßen gut gehe – sondern trotz dieser Regierung! Beide zeigten, die SPD ist personell gut aufgestellt für einen Regierungswechsel nach der Bundestagswahl. ■



Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach in Bremen.

FOTO: JÖRG SARBACH

Flüchtlingspolitik: Es geht um mehr als Unterkünfte

Klaus Möhle: „Wir müssen eine Strategie entwickeln, die eine 'Integration von Anfang an' ermöglicht“

Syrien, Tschetschenien, Afghanistan oder jetzt Ägypten: Täglich flimmern die Bilder aus diesen und weiteren Krisenregionen über unsere Mattscheiben – und die Zahl der Menschen, die angesichts der Zustände in ihren Heimatländern flüchten, wächst. Der Senat rechnet mit rund 500 Flüchtlingen, die in diesem Jahr nach Bremen kommen werden. „Es ist unsere humanitäre Verpflichtung diesen Menschen zu helfen. Aber man muss auch klar sagen: Das stellt unsere Stadt vor eine Herausforderung“, sagt der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle.

Insbesondere die Debatte über die Einrichtung von entsprechenden Flüchtlingsunterkünften hat dabei für heftige Reaktionen gesorgt: „Ja, wir müssen dringend für zusätzliche Plätze sorgen – aber dabei müssen wir die Bedenken und Vorschläge der Bürger vor Ort ernst nehmen“, sagt Möhle und betont: „Es hilft nichts, an die Menschen dort zu appellieren, die Flüchtlinge als Bereicherung ihres Stadtteils zu verstehen, wenn wir dafür nicht die Basis schaffen.“ Zudem dürfe man den Menschen keinen Sand in die Augen streuen: „Die Flüchtlinge müssen in ihren Heimatländern oftmals um ihr Leben fürchten. Sie kommen nicht nur vorübergehend, sondern viele von ihnen

kommen, um zu bleiben.“ Gerade deshalb dürfe es nicht darum gehen, auf die Schnelle ein paar grüne Wiesen auszugucken, auf denen in Mobilbauten möglichst viele Plätze in Flüchtlingsunterkünften geschaffen werden. „Stattdessen müssen wir eine Strategie entwickeln, wie wir den Menschen vom ersten Tag an eine Integration in unsere Gesellschaft ermöglichen“, erklärt Möhle den Hintergrund eines jetzt auf Initiative der SPD-Fraktion gemeinsam mit den Grünen eingebrachten Dringlichkeitsantrag.

Wenn – wie ursprünglich in Vegesack geplant – auf einer der letzten Sportflächen eines Wohnquartiers ohne vorherige Rücksprache mit dem örtlichen Beirat und den Anwohnern ein Mobilbauten-Dorf für mehr als 100 Flüchtlinge vom Schreibtisch aus geplant wird, dann machen wir es uns zu einfach“, sagt der Sozialexperte, der sich deshalb gemeinsam mit der SPD-Fraktion für einen Neustart im Umgang mit dem Thema einsetzt. „Alle möglichen Flächen und Gebäude für die dringend benötigten Flüchtlingsunterkünfte müssen jetzt zunächst einmal auf den Tisch – und darüber wird mit den Menschen vor Ort offen zu sprechen sein. Dabei muss es vor allem auch darum gehen, ob beispielsweise die Kitas



Klaus Möhle, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerchaftsfraktion

> **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen**
<http://tinyurl.com/antrag-unterbringung>

und Schulen in der näheren Umgebung genug Kapazitäten bieten, um wirklich eine ‚Integration von Anfang an‘ zu gewährleisten“, sagt Möhle.

Zudem müsse sichergestellt werden, dass mit entsprechender Begleitung und Integrationsangeboten tatsächlich eine aktive Willkommenskultur ermöglicht wird. „Viele der Flüchtlinge werden dauerhaft in Bremen bleiben – deshalb geht es eben nicht nur um Unterkünfte, sondern vor allem darum, ihnen schnellstmöglich Wege in die eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen.“ Und dazu gehöre unter anderem eine rasche Klärung ihres Aufenthaltsstatus, sagt Möhle und stellt sich damit klar hinter entsprechende Vorschläge der SPD-Beiräte: „Ja, wir brauchen zügige Entscheidungen – aber diese Entscheidungen dürfen eben nicht zu Lasten der Sorgfalt und Transparenz gehen.“

Möhle setzt dabei auf eine sachliche Diskussion: „Wir dürfen keinen Raum für ausländerfeindliche oder rassistische Äußerungen lassen. Stattdessen müssen wir uns den berechtigten Fragen stellen, die insbesondere in der Nachbarschaft von neu einzurichtenden Unterkünften, aufgeworfen werden.“ (mk) ■

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN EUROPA – NICHT NUR EIN RANDPHÄNOMEN DER KRISE

Von Sarah Ryglewski

Schon allein das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in Europa macht deutlich, dass es sich in den meisten Ländern nicht um ein Randphänomen der Krise handelt, sondern die Jugendarbeitslosigkeit längst zu einer eigenen Krise geworden ist. Wenn fast ein Viertel der jungen Menschen in Europa nicht in den Arbeitsmarkt integriert ist, dann gefährdet dies nicht nur die weitere wirtschaftliche Entwicklung ihrer Heimatländer und ihre eigene Lebensperspektive, sondern auf Dauer auch die Stabilität Europas. Deshalb ist es mehr als überfällig, diesem Problem höchste Priorität einzuräumen.

sind junge Menschen überall in Europa stärker von prekärer Beschäftigung betroffen als ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie arbeiten überdurchschnittlich oft befristet, im Niedriglohnsektor oder unterhalb eines von ihnen gewünschten Beschäftigungsvolumens. Darüber hinaus schützt eine Ausbildung Jüngere nicht vor Arbeitslosigkeit. So ist die Arbeitslosenquote bei Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung bei Jugendlichen fast dreimal so hoch wie bei Erwachsenen und sie arbeiten überdurchschnittlich oft in einem Job der nicht ihrer Qualifikation entspricht.

über 76.000 Jugendlichen die 2012 keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und mehr als 270.000 in Übergangssystemen vieles dafür, dass das Nadelöhr des deutschen Arbeitsmarktes der Zugang zum Ausbildungsmarkt ist.

Bei der Frage der prekären Beschäftigung ähnelt die Situation in Deutschland der in anderen Ländern – auch hier sind junge Menschen stärker betroffen. Laut einer Studie der IG Metall aus dem Jahr 2012 arbeiten 32% der 15 bis 34jährigen in befristet in Leih- oder Zeitarbeitsverhältnissen oder haben eine ABM/SAM-Stelle während es in der Gruppe 35+ nur 11% sind. Die zunehmende Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt geht also auch in Deutschland vor allem zu Lasten der jüngeren Generation.

Wege aus der (Arbeitsmarkt)-Krise

Die von den europäischen Sozialdemokraten angestoßene „Jugendgarantie“, die jedem Jugendlichen eine Beschäftigung, Ausbildung oder Praktikum zusichert, ist ein Schritt in die richtige Richtung – mit 6 Milliarden Euro aber immer noch viel zu gering ausgestattet. Geschätzt wird, dass bis 2020 mindestens 21 Milliarden Euro notwendig sind. Gelöst werden kann das Problem jedoch nur, wenn die europäische Politik zum Schuldenabbau endlich nicht mehr nur auf kurzfristige Sparmaßnahmen setzt, sondern über Investitionen nachhaltiges Wirtschaftswachstum generiert und so neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Kurz- bis mittelfristig muss, wie von Sigmar Gabriel und Harlem Désir (Parti Socialiste) im Juni vorgeschlagen, ein Sofortprogramm unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Unternehmen und EU-Mitgliedsstaaten aufgelegt werden, das 500.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze jährlich in den nächsten drei Jahren schafft. Außerdem muss geprüft werden, wie noch verfügbare Mittel aus den europäischen Fonds für Sofortmaßnahmen gebündelt werden können.

Darüber hinaus braucht es einen verstärkten Fokus auf die Qualität der Beschäftigung auch von jungen Menschen. Die Regulierung der Leih- und Zeitarbeit, schärfere Regeln für Werkverträge, das Verbot sachgrundloser Befristung und ein gesetzlicher Mindestlohn sind Maßnahmen, die die Beschäftigungssituation gerade auch von jungen Menschen verbessern. ■

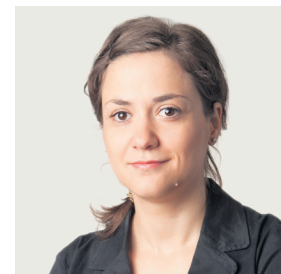


FOTO: SPD BREMEN

Sarah Ryglewski (30) ist diplomierte Politikwissenschaftlerin und seit 2001 Mitglied der SPD. Von 2008 bis 2012 war sie Landesvorsitzende der Bremer Jusos und seit 2011 ist sie Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und dort Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. 2010 wurde sie zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der Bremer SPD gewählt und 2012 in diesem Amt bestätigt.



FOTO: BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT

Im Jahr 2012 fanden auch in Deutschland 67.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz.

Jung und arbeitslos

Aktuell sind in den Staaten der Europäischen Union mehr als 26 Millionen Menschen arbeitslos. In Spanien und Griechenland liegt die Arbeitslosenquote sogar bei 27%. Noch dramatischer stellt sich die Situation bei den jungen Europäern unter 25 dar – Seit Beginn der Wirtschaftskrise ist die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe von ca. 16% auf 23% gestiegen. 13 der 28 EU-Mitgliedsstaaten haben sogar eine Quote von mehr als 25% – traurige Spitzenreiter auch hier Spanien und Griechenland. Jeweils mehr als 50% der jungen Menschen sind in diesen beiden Ländern ohne Arbeit. Diese Zahlen stellen jedoch nur die Spitze des Eisberges dar. Nicht erfasst sind Personen, die sich aufgrund der schlechten Arbeitsmarktsituation nicht um einen Job bewerben sondern eine schulische oder universitäre Ausbildung neu aufnehmen oder verlängern. Außerdem

Und Deutschland?

Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten liegt die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen in Deutschland auf einem niedrigen Niveau. Aber auch bei uns gilt, dass das Risiko arbeitslos zu werden für Jugendliche anderthalb Mal so groß ist wie für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Darüber hinaus deutet vieles darauf hin, dass sich auch in Deutschland viele Jugendliche mit Blick auf den Arbeitsmarkt dazu entscheiden, ihre Ausbildungszeiten zu verlängern. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern zahlt sich dies jedoch oft aus. In der Bundesrepublik ist die Arbeitslosenquote der Qualifizierten bei jüngeren und älteren Beschäftigten annähernd gleich hoch. Die höhere Jugendarbeitslosigkeit lässt sich also vorrangig darauf zurückführen, dass viele junge Arbeitslose keine Berufsausbildung haben. Tatsächlich spricht angesichts von

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Kevin Lenkeit.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen